

24. August 2016 | 3.019 Zeichen

AfD bindet relativ viele NichtwählerInnen und Personen aus dem rechten Lager an sich

Studie auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels: Die Alternative für Deutschland (AfD) findet zunehmend Zuspruch im rechten politischen Lager und bei NichtwählerInnen – AnhängerInnen geben an, unzufrieden mit der Demokratie zu sein und sich um Zuwanderung zu sorgen

Die Alternative für Deutschland (AfD) zieht derzeit vor allem Männer, BürgerInnen in den neuen Bundesländern, Personen mit geringer und mittlerer Bildung, ArbeiterInnen und Arbeitslose sowie junge Personen unter 30 Jahren an. Das geht aus einer aktuellen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) auf Basis von Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) hervor. DIW-Experte Martin Kroh hat dafür gemeinsam mit Karolina Fetz vom Berliner Institut für Empirische Integrations- und Migrationsforschung der Humboldt-Universität die im SOEP erfragte Parteibindung untersucht. Diese bildet längerfristige Trends in der Unterstützung von Parteien ab und ist nicht mit einer konkreten Wahlabsicht oder -entscheidung zu verwechseln, die auch auf kurzfristigen Einflüssen und Erwägungen beruhen kann. Kroh und Fetz fanden heraus, dass sich das Anhängerprofil der AfD seit der Parteigründung verändert hat. „Die AfD bindet der Befragung zufolge immer mehr frühere NichtwählerInnen und WählerInnen rechtsextremer Parteien an sich sowie Personen, die sich auch tatsächlich als politisch rechts oder sehr rechts verorten. Aber auch aus dem Kreis ehemaliger FDP- oder Linken-WählerInnen gewinnt sie AnhängerInnen“, sagt Fetz. „Zudem scheint sie zunehmend für jüngere Menschen attraktiv zu sein.“

Parallel zur Programmatik der AfD veränderte sich die Anhängerschaft

Seit 2014 zieht die Partei überproportional oft Menschen an, die erklären, mit der Demokratie in Deutschland unzufrieden zu sein. Auch neigen Personen der AfD zu, die angeben, sich große Sorgen um Zuwanderung, aber auch die wirtschaftliche Lage im Allgemeinen, die eigene finanzielle Situation sowie die Kriminalität in Deutschland zu machen. Insgesamt deckt sich die veränderte Zusammensetzung der Anhängerschaft mit der programmatischen Veränderung der Partei: Die ursprünglich etwa durch die Ablehnung des Euro und der Eurorettung vorwiegend europakritisch ausgerichtete AfD hat mit ihrem Grundsatzprogramm aus dem Frühjahr 2016 deutlich national-konservativere und auch zuwanderungskritischere Positionen herausgebildet.

Den SOEP-Daten zufolge hat sich die AfD verhältnismäßig schnell eine Anhängerschaft aufgebaut: Drei Jahre nach ihrer Gründung geben mehr Menschen an, der AfD zuzuneigen, als es jemals bei Republikanern, DVU oder NPD der Fall war. Demzufolge ist die im SOEP erfragte Parteibindung für die AfD etwa so hoch wie das langfristige Mittel der FDP und etwas unter dem Niveau der Grünen in den 1980er Jahren. „Ob die AfD jedoch ihren eigenen Rechtsruck stoppen kann, bevor sie dadurch viele der jetzigen Anhängerinnen und Anhänger wieder verprellt, bleibt bei den jüngsten fremdenfeindlichen Äußerungen und parteiinternen Querelen fraglich“, sagt Martin Kroh.

DIW Berlin – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
Postanschrift:
DIW Berlin, 10108 Berlin
T +49 30 89789-0
F +49 30 89789-200
www.diw.de

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Sabine Fiedler
Sebastian Kollmann
Ilka Müller
T +49 30 89789-249, -252, -250 o. -244

Vorstand

Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D. (*Präsident*)
Dr. Cornelius Richter, LL.M.
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Vorsitzender des Kuratoriums

Prof. Dr. Axel A. Weber

Die Studie über die AfD-AnhängerInnen ist im DIW Wochenbericht 34/2016 erschienen:



diw.de/wochenbericht

Ein Audio-Interview mit Martin Kroh können Sie sich in der DIW-Mediathek anhören und als sendefertigen O-Ton herunterladen:



diw.de/mediathek

Weitere Informationen zur Definition des Begriffs „Parteibindung“ bietet das Online-Glossar des DIW Berlin:



diw.de/glossar